E 115-NR/XXII. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 6. Juli 2005

betreffend die finanzielle Vorausschau der Europäischen Union und die österreichische Verhandlungsposition

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht,

1.im Zusammenhang mit der Finanziellen Vorausschau für die Jahre 2007 bis 2013 weiterhin nachdrücklich für die Interessen Österreichs als Nettozahler einzutreten, insbesondere an der in den bisherigen Verhandlungen eingenommenen Position mit dem Ziel der Stabilisierung der Ausgaben bei 1 % des Brutto-Nationaleinkommens festzuhalten und darüber hinaus die Voraussetzungen für einen bestmöglichen Mittelrückfluss zu schaffen;

2. Die Entwicklung des ländlichen Raums als die wichtigste Priorität für die künftige Agrarpolitik zu unterstützen, da nachhaltige naturnahe Bewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen, Diversifizierung im ländlichen Raum Investitionen für die Zukunft darstellen;

3. darauf hinzuwirken, dass die Bedürfnisse der Grenzregionen in den alten Mitgliedstaaten an der Grenze zu den neuen Mitgliedstaaten besonders berücksichtigt werden, um den erheblichen Strukturanpassungsbedarf zu unterstützen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern;

4. sich im Bereich der Infrastruktur dafür einsetzen, dass für den Ausbau hochrangiger Verkehrswege nach Mittel- und Osteuropa eine hinreichende Mitteldotierung vorgesehen wird;

5. sich in Anerkennung der gemeinsamen Bemühungen in der Europäischen Union, Forschung und Entwicklung zu forcieren, für eine angemessene Erhöhung der Finanzmittel für diesen Bereich - allenfalls auch mittels einer besonderen Fazilität der Europäischen Investitionsbank - einzusetzen.